

Kriegsverherrlichung am Rheinufer in Mainz Kranz am Kriegsmarinedenkmal gestohlen



SCHUTZ VERANTWORTUNG –
RESPONSIBILITY TO PROTECT

Der Protest geht weiter. Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir im Friedlicht 59 einen Bericht zu einem alljährlich wiederkehrenden Ärgernis. Der Mainzer Oberbürgermeister betreibt seit etlichen Jahren Kriegsverherrlichung am Kriegsmarinedenkmal am Fischtorplatz. Er lässt an dem Obelisken einen Kranz zur Totenehrung anbringen, obwohl in dieses 1939 errichtete Denkmal aus Sandstein ein kriegsverherrlichender, kriegstreiberischer Text eingehauen ist. Jeweils am sogenannten Volkstrauertag im November erfolgt dieses Skandalereignis. Die DFG-VK machte 2014 dazu eine Gegenveranstaltung und ein DFG-VK Mitglied brachte den Kranz mit einem Begleitschreiben ins OB-Büro zurück. Das Schreiben enthielt die Bitte, die Kriegsverherrlichung künftig zu unterlassen. Die Antwort des OB war kurz und knapp, er sehe keine Verbindung zwischen Totenehrung und Kriegsverherrlichung. Auf die Rückgabe des Kranzes ließ er sich nicht ein.

Womit zu rechnen war, trat ein. Letztes Jahr zum Volkstrauertag ließ er wieder einen Kranz dort aufhängen. Der Kranz wurde wieder abgehängt, jedoch nicht ins OB-Büro zurück gebracht.

Der Dieb schrieb ihm ein Bekennerschreiben, dass der Kranz entfernt und ordnungsgemäß entsorgt sei. Bis jetzt, Anfang März 2016, hat der OB nicht darauf reagiert.

Vermutlich wird er dieses Jahr wieder einen Kranz anbringen lassen. Der Protest geht weiter. Liebe Leserin, lieber Leser, du meinst das sei eine Provokation? Stimmt. Und eine weitere Provokation folgt dieses Jahr, wenn der Kranz wieder hängt. Ideen dazu gibt es genug.

Die Redaktion

**Friedlicht
Nr. 60!**

**Syrien
Kriegsmarinedenkmal
Weißbuch der Bundeswehr
Ukrainischer Kriegsdienstverweigerer in Haft
Kriegsdienstverweigerung in Ägypten
Atomwaffen in der Eifel
Kreuzworträtsel
Termine**

Die Bundeswehr im Krieg in Syrien Planlos! Ziellos! Sinnlos! Völkerrechtswidrig!

Im Dezember 2015 wurde innerhalb weniger Tage der Eintritt der Bundeswehr in den Krieg in Syrien beschlossen. Die Kette islamistischer Terroranschläge vor allem, aber nicht nur in Paris, wurde genutzt, um medial eine Stimmung zu erzeugen, dass nun etwas gegen den Islamischen Staat getan werden müsse.

Militärisch ist der Einsatz der Bundeswehr überflüssig. Für Aufklärung sind US-amerikanische unbemannte Drohnen wesentlich effizienter als die Bundeswehrflugzeuge. Die einzig plausible Erklärung für den Einsatz ist die Solidarität mit dem französischen Staat und die Sorge um den Zusammenhalt der EU – so wie die Bundeswehr in Afghanistan vor allem aus NATO-Bündnissolidarität kämpft. Bis in die 80er Jahre galt in der Bundesrepublik Deutschland Krieg als das allerletzte Mittel. Heute führt die Bundesregierung leicht-

fertig Kriege wegen fragwürdiger und vermeintlicher politischer Vorteile. Statt Deutschland aus Kriegen herauszuhalten, drängt die deutsche Regierung, weil man Verantwortung übernehmen müsse, in Kriege und Auslandseinsätze hinein.

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat bisher den islamistischen Terrorismus gefördert, nicht beendet. Der Terrorismus französischer und belgischer Staatsbürger wird mit Bomben auf Syrien nicht verhindert.

Ohne Billigung der syrischen Regierung und ohne ein Mandat der UN ist der deutsche Kriegseinsatz völkerrechtswidrig.

Den Menschen in Syrien hilft der Einsatz der Bundeswehr nicht. Syrien braucht Frieden, nicht noch eine Kriegspartei mehr.

Lernen aus Fehlern?

Die Bilanz westlicher Politik im Nahen Osten

ist verheerend. Es gibt u.a. eine direkte Kausalkette vom Putsch gegen die demokratische gewählte Regierung des Iran 1953 bis zum islamistischen Terroranschlag am 11.9.2001. Seitdem haben westliche Militärinterventionen in Afghanistan, Irak und Libyen die jeweiligen Länder in Dauerbürgerkriege gestürzt.

2003 eroberten die USA und ihre „Koalition der Willigen“ in einem illegalen Angriffskrieg den Irak. Die Zerstörung des irakischen Staates, die Installation eines schiitischen Regimes, das die sunnitische Bevölkerung systematisch unterdrückte, bereitete den Boden für Entstehung und Aufstieg des Islamischen Staats.

Westliche Staaten sind keineswegs alleinverantwortlich für Krieg, Terror, Diktatur, Folter und Massmord im Nahen Osten. Regionale Mächte und Traditionen sind ent-

scheidender für die politischen Verhältnisse. Doch westliche Politik hat vieles verstärkt. Der Islamismus z.B. wurde keineswegs vom Westen geschaffen, doch die USA haben sich gegen die Sowjetunion oder um des Öles willen mit Islamisten verbündet oder durch Unterstützung von Diktatoren islamistische Gegenkräfte mobilisiert.

Iran und Russland haben ein erkennbares geopolitisches Ziel: Stabilisierung des syrischen Reststaates von Assad. Saudi-Arabien konkurriert mit dem Iran um die Beherrschung der gesamten Region. Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar wünschen in Damaskus ein sunnitisch-islamistisches Regime, sind aber über die Ausrichtung uneinig. Die Türkei führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land und in Syrien und strebt nach Kontrolle über ehemals osmanische Gebiete.

Unübersichtlicher Vielfrontenkrieg

Selbst während des Ost-West-Konflikts war der Nahe Osten schon von Multipolarität und einer Vielzahl von Akteuren geprägt, mit wechselnden Koalitionen und Feindschaften. Das gilt umso mehr für die Gegenwart und für den Syrienkrieg. Es kämpfen nicht nur syrische Kräfte wie Regierungstruppen, kurdische Kräfte, diverse ethnische, ethnoreligiöse, parteipolitische und dschihadistische Milizen, sondern es intervenieren auch Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, Russland und westliche Staaten. Der Islamische Staat kämpft mit Dschihadisten aus vielen Teilen der Welt, hat sich auf die Sinai-Halbinsel und nach Libyen ausgebreitet; Islamisten in Nigeria und in Somalia bekennen sich zum IS.

Bisheriges Resultat: fast eine halbe Million Tote durch Kämpfe und Zusammenbruch der Versorgung, zerstörte Städte, Millionen von

Flüchtlingen inner- und außerhalb Syriens, extreme Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen.

Wie weiter?

Der Krieg hat ein gewaltiges Eskalationspotenzial: Allein schon wegen der aggressiven Politik der Türkei droht eine Konfrontation mit Russland. Denkbar ist auch eine Verbindung der gegenwärtigen Kriege zu einem Flächenbrand von der Türkei bis zum Jemen.

Irak und Syrien werden als Konstrukte der Kolonialmächte nach dem 1. Weltkrieg nicht nur vom IS als „künstlich“ eingestuft. Aber wäre eine Zersplitterung in ethnoreligiöse, womöglich „ethnisch gesäuberte“ Kleinststaaten besser? Wie ursprünglich künstliche Gebilde im Lauf der Zeit akzeptiert wurden, zeigen Rheinessen und Rheinland-Pfalz. Föderalisierung und Dezentralisierung liegen nicht zuletzt angesichts der erreichten kurdischen Autonomie nahe. Dass auf Druck der Türkei ausgerechnet die kurdische Partei von den Verhandlungen ausgeschlossen wird, ist absurd.

Umgang mit dem IS?

Der IS wurde von der Feuerpause ausgeschlossen. Solche islamisch-fundamentalistische Staatsgründungen sind keineswegs neu. Beispiele sind der Mahdi-Staat im Sudan 1881-1898 und der saudische Staat (zwei Anläufe 1804 und 1901 bis heute). Auch wenn der IS namentlich Saudi-Arabien ideologisch nahe steht und wie Iran und Saudi-Arabien gerne enthauptet und steinigt, wird er von keiner anderen politischen Kraft akzeptiert. Mit Exzessen wie offener Sexklaverei fällt er aus dem Rahmen. Das Kalifat des IS können alle anderen islamischen Herrscher nicht anerkennen, ohne sich selbst zu delegitimieren.

Einiges spricht dafür, dass Macht und

Konsolidierungsfähigkeit des IS überschätzt werden. Der IS lebt davon, dass z.B. die Regierung Assad und ihre Verbündeten und die Türkei andere Prioritäten haben als gegen den IS vorzugehen. Wenn der IS durch politische Reformen in Syrien und im Irak den Rückhalt in der sunnitischen Bevölkerung, in der es bisher schon Beispiele für gewaltfreien Widerstand gab, verliert, und wenn Handels- und Finanzströme und Waffenlieferungen gestoppt werden, dürfte er entscheidend geschwächt werden.

Helfen statt Bombardieren

Vom Westen wurden im Nahen Osten immer wieder zur Bekämpfung eines tatsächlichen oder vermeintlichen Übels Ungeheuer geschaffen, die wiederum bekämpft werden mussten. Ein Politikwechsel ist dringend nötig: konstruktiver wirtschaftlicher Aufbau und humanitäre Hilfe für die arabischen Länder, Hilfe und Asyl für Geflüchtete, Schluss mit Waffenlieferungen und Bombardierungen, Schluss mit der westlichen Unterstützung für die Politik der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars.

Der Westen muss sich auch von seinem Allmachtswahn verabschieden. Frieden oder Demokratie lassen sich nicht herbeibomben. Wenn Kriege schon nicht beendet werden können, muss zumindest alles unterlassen werden, was zur Eskalation beiträgt.

Für die Friedensbewegung in Westeuropa ist es nicht nur unverzichtbar, sich dafür einzusetzen, dass von hier Friedens- und nicht Kriegspolitik ausgeht. Wichtig ist auch, die Menschen im Nahen Osten zu unterstützen, die sich für Frieden einsetzen. Dazu gehören die Friedens- und Kriegsdienstverweigerungsbewegungen in Ägypten (siehe Beitrag in diesem Friedlicht), Israel und der Türkei.

Gernot Lennert



Through gardens each morning
I walk with my son
We water the plants
street musicians play on
Jew Moslem or Christian
Jerusalem
The least you can do
is the best that you can
“Can you thus make a living?”
asks the old man
there’s food and we’re healthy
no need to complain
if this is a mensch
then you are one too!
the voice from within it will ask
WHO ARE YOU?

Not against we’re just for
no bullets or stones
Not us and not them
still never alone
A white flag is waving
every day it is new
We’re human and so
we have freedom to choose
Yes happy is he
who’s content with his lot
The more that you gave
is the more that you’ve got
There’s madness to method
and vice versa too
a voice from outside asks again
WHO ARE YOU?

I am who you are
and you are who I am
Love yourself as your neighbor
the name of the game
Do not do onto him
what is hateful to you
Imagine a just world
then go out and do!
A soul takes a photo
opportunity life
My greatest achievement
to marry my wife
Would I want to trade places?
if you only knew!
the voice from the loudspeaker
beams: WHO ARE YOU?

Who are you?

Der israelische Singer-Songwriter und Pazifist **Ofer Golany** tritt am Montag, den 27. Juni 2016 zwischen 18:30 und 20:00 Uhr auf der Kabarettbühne (Ballplatz) während der Johannisnacht in Mainz auf.

Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!

20 Wochen Aktionspräsenz vor Ort in Büchel

20 Kalenderwochen stellvertretend für ca. 20 Atombomben: Vom 26. März bis 9. August 2016 sind Gruppen und Einzelpersonen eingeladen, an den Haupttoren des Atomwaffenstützpunktes Büchel Mahnwachen oder andere gewaltfreie Aktionen durchzuführen.

Jede Gruppe oder Einzelperson übernimmt eine Woche, in der sie mindestens einen Tag lang am Atomwaffenstützpunkt Büchel präsent ist. Es kann auch nach Absprache eine Kalenderwoche aufgeteilt werden.

Wir fordern von der Bundesregierung den Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland, den Abzug aller Atomwaffen aus Büchel, und ein Verbot von Atomwaffen.

Sehr informativ ist der Beitrag des ZDF „Die Atombomben in Büchel werden ersetzt durch den zielgenaueren Typ B61-12“ in der Sendung Frontal21 auf youtube: <https://youtu.be/kZEWUyWVZ8c>.

Zur Rechtslage: Deutschland hat sich im Atomwaffensperrvertrag von 1970 verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen. Deutschland hat dies 1991 im Zwei-plus-vier-Vertrag bekräftigt. Mit der Nuklearen Teilhabe werden diese beiden vertraglichen Verpflichtungen gebrochen.



Dem entsprechend stimmte die Bundesregierung in der UN-Generalversammlung im Dezember 2015 gemeinsam mit den nuklear bewaffneten Staaten gegen ein Verbot von Atomwaffen, während die große Mehrheit der Vereinten Nationen dafür stimmte.

Deutschland muss die internationalen und nationalen Abrüstungsverpflichtungen umsetzen, die im Völkerrecht und Grundgesetz festgelegt sind. Damit setzen wir uns mit unseren Aktionen für die Umsetzung geltenden Rechtes ein.

Eine Rolle spielt der Standort Büchel auch im Kriegeinsatz in Syrien: Zu den vier Tornados des schleswig-holsteinischen Militärstützpunktes Jagel wurden im Januar 2016 zusätzlich zwei Tornados, sowie weitere zwanzig Militärangehörige aus Büchel, für mindestens ein Jahr für Einsätze in Syrien auf den Militärstützpunkt Incirlik/Türkei verlegt.

Die „Aktionspräsenz“ ist der Auftakt für eine langfristige Aktionsphase, um die nukleare Aufrüstung in Büchel zu verhindern. Sie ist Kernelement der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt!“ Dazu folgende Selbstverpflichtung: „Solange, bis die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden, werde ich mindestens einmal im Jahr nach

Büchel kommen und an einer Aktion teilnehmen, sowie mich zu Hause für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.“

Wer mitmachen will, hat drei Aktionsformen zur Auswahl. Die Bereitschaft in Büchel gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams zu leisten, eine Aktion zivilen Ungehorsams zu unterstützen und/oder an Mahnwachen und Demonstrationen teilzunehmen.

Ein Mitglied der DFG-VK Mainz organisiert die Teilnahme einer Gruppe aus Mainz und Umgebung. Bei Interesse bitte melden bei Hans Ripper. hans.ripper@t-online.de bzw. postalisch: Auf der Langen Lein 36, 55120 Mainz Telefon 06131-685515

In einer Mainzer Gruppe sollte es möglich sein, dass sowohl Menschen mitmachen, die zivilen Ungehorsam leisten, als auch Leute, die an Mahnwachen oder Demos teilnehmen.

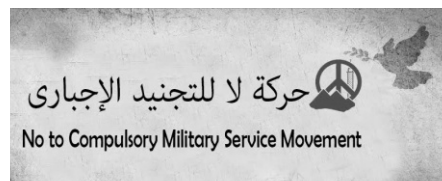
Die Organisatoren bieten Hilfe bei infrastrukturellen Problemen, wie z.B. der Suche nach Unterkünften an. Hans Ripper bietet an, die Aktionen für die Gruppe zu koordinieren. Einen Zeitrahmen müssten die Beteiligten gemeinsam finden.

Weitere wichtige Informationen zum Atomwaffenstützpunkt Büchel und über den Aktionsrahmen gibt es unter <http://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/>.

Die Redaktion

Ägypten

Samir Elscharbaty verweigert den Kriegsdienst



„Ich glaube an Frieden und an mein Recht den Militärdienstzwang zu verweigern. Der Militärdienst widerspricht meinen Prinzipien und meinen pazifistischen Überzeugungen.“ Das erklärte Samir Elscharbaty am 3. März 2016 gegenüber dem ägyptischen Verteidigungsministerium, dem Präsidenten und dem Premierminister. Samir Elscharbaty will „seinem Land dienen“ und hat dies schon in verschiedenen Erziehungs- und Entwicklungsprojekten getan. Doch er könne seine pazifistischen Überzeugungen nicht verraten, indem er Teil des ägyptischen Militärs wird, vor allem angesichts der Behandlung von Soldaten und Zivilpersonen durch das Militär. Hinzu kommt, dass das Militär ein Zwangsarbeits-

system eingerichtet hat, in dem die Zwangsrekrutierten in Wirtschaftsbetrieben des Militärs arbeiten, die keinerlei militärischen Bezug haben, was eine offensichtliche Verletzung des internationalen Rechts ist (das zwar Zwangsarbeit in Militär- und Ersatzdienst erlaubt, aber keine davon losgelöste allgemeine Zwangsarbeit). „Die unmenschliche Behandlung, die Militärdienstpflichtige in der ägyptischen Armee erfahren, ist in keiner Weise ein Dienst für unser Land, sondern eine systemische Erniedrigung durch diejenigen, die ihre Macht missbrauchen.“ Samir Elscharbaty ist bereit, einen Ersatzdienst zu leisten, der in Ägypten gesetzlich in Übereinstimmung mit internationalen Standards vorgesehen ist.

Samir Elscharbaty ist der Siebte in Ägypten, der öffentlich seine Militärdienstverweigerung erklärt hat. Er wird vom No Compulsory Military Service Movement (Bewegung Nein zum Militärdienstzwang) und von pazifistischen Organisationen weltweit unter-

stützt. Das No Compulsory Military Service Movement fordert von der Militärführung Ägyptens, aufzuhören so zu tun, als ob es in Ägypten keine Kriegsdienstverweigerer gebe, das internationale Recht zu respektieren und Samir Elscharbatys Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen.

Die ägyptische Kriegsdienstverweigerungsbewegung entstand 2010 mit der Kriegsdienstverweigerung von Maikel Nabil Sanad, der wegen seiner Kritik am Militär acht Monate in Haft war. Vergangenes Jahr sind die beiden Kriegsdienstverweigerer Mark Nabil Sanad und Mostafa Ahmed El-Saied nach einem Jahr in Ungewissheit vom Militärdienst befreit worden.

Gernot Lennert

Mehr dazu: www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/aegypten www.nomilservice.com

Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13					14		15				
16			17	18			19				
20		21				22				23	
24	25		26				27			28	
		29	30			31		32		33	
34						35	36		37		
38			39		40				41		42
	43	44		45					46		
47					48				49		
50		51			52		53	54			55
56	57			58			59				
60			61			62		63		64	

Preisausschreiben:

Nach vielen Jahren gibt es erstmals wieder ein Friedlicht-Kreuzworträtsel.

Als besondere Erleichterung kann auf jedem einzelnen Feld der Lösungsbuchstabe sowohl waagrecht als auch senkrecht ermittelt werden.

Es gibt auch wieder etwas zu gewinnen:

☮ Ein Jahresabonnement der *Zivilcourage*, der Zeitschrift der DFG-VK

☮ Ein Jahresabonnement der Zeitschrift *Graswurzelrevolution*

☮ Buch von Jürgen Grässlin: *Netzwerk des Todes* (das der Autor bei unserer Veranstaltung am Mittwoch, 7. September 2016 in Mainz vorstellen wird)

Das Lösungswort in den grauen Feldern bis zum 21. September 2016 schicken an: DFG-VK Mainz, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz,

oder an dfgvkmz@web.de.

Bitte Absendeadresse nicht vergessen und bitte auch angeben, welche Preise gewünscht sind (mit Zweit- und Drittpreferenz).

Waagrecht

1 Ihr ist das Denkmal am Mainzer Rheinufer gewidmet, das nicht nur den Massenmord im Krieg als „heldenhaften“ und „ehrenhaft“ verherrlicht, sondern sogar „künftige Geschlechter“ zur „Nacheiferung“ aufhetzt. Die Stadt Mainz hinterlässt dort Jahr für Jahr 1 senkrecht.

13 selten

14 In Syrien aktiv: Planlos, ziellos, sinnlos. Kfz-Kennzeichen

15 Im Namen seines Gegenspielers werden massenhaft Menschen ermordet, z.B. von 23 waagrecht.

16 In 3 und 6 senkrecht anzutreffen.

19 Sollte 1954 für Südostasien das Pendant zur NATO werden; 1977 aufgelöst.

20 Während anderswo der Kriegsdienstzwang abgeschafft oder ausgesetzt wurde, wurde er hier auch auf Frauen ausgedehnt (Kfz.-Kennzeichen).

21 Von der türkischen Regierung 1924 abgeschafft, von 23 waag-

recht 2014 ausgerufen.

23 Hätte ohne den illegalen Angriff der USA und die Zerstörung des irakischen Staats nicht entstehen können.

24 So kann man die bundesweite Zeitschrift der DFG-VK abkürzen.

26 ... und da.

27 Italienische Genitivpräposition

28 Musikrichtung

29 Gründete nach dem Gemetzel von Solferino eine Organisation zur Durchsetzung des „humanitären“ Völkerrechts. Beitrag zum Frieden? Oder Verbesserung der Kriegführung, da nun Soldaten suggeriert wird, dass sie wieder zusammengeflickt werden?

32 Eingekreist steht der Buchstabe für Herrschaftslosigkeit.

33 Abkürzung für deutsche Variante des Faschismus.

34 Es ist gar nicht ..., fürs Vaterland zu sterben.

35 Umlautumschreibung

37 US-Bundesstaat neben Oregon, benannt nach erstem Präsi-

dent, postalische Abkürzung.

38 XLIX + LI

39 Abkürzung für 1000 kg

40 Hört gerne ab und trug zu der Lüge von den Massenvernichtungswaffen bei, mit der der Irak-Krieg von 2003 begründet wurde (Abk.).

41 Zahl des rheinischen Karnevals

43 Umstrittene US-Militärbasis im Indischen Ozean, für deren Bau die Bevölkerung der Chagos-Inseln vertrieben wurde.

47 Stadt in Kolumbien

48 englisch: Matte

49 Nordhessische Stadt (Kfz.-Kennzeichen)

50 2013 entschied man sich dort (Kfz.-Kennzeichen) in einem Referendum für die Beibehaltung des Zwangs zum Kriegsdienst.

51 An diesem Gericht (Abk.) wird noch immer ein Prozess gegen einen Demonstranten gegen das Bundeswehrgelöbnis in Mainz 2014 fortgeführt.

52 Wurde im 1. Weltkrieg trotz Neutralität vom Deutschen Reich

überfallen (Kfz.-Kennzeichen).

53 schadenfreudiger Hohn

56 Die Panik wegen dieser Krankheit (Abk.) hat sich gelegt. Man isst wieder Rindfleisch.

58 Kanton mit zweitem Hauptsitz der UN (Kfz.-Kennzeichen)

59 im Türkischen Endung für 1. Person Präsens

60 Im Osten des Landes wird der Waffenstillstand immer wieder verletzt. Hunderttausende entziehen sich dem Kriegsdienst.

63 Drittgrößte Atommacht (Kfz.-Kennzeichen), initiierte die westliche Intervention im Libyen-Krieg, führt jetzt Krieg in Syrien und Mali.

64 Für Putin ist ihr (Abk.) Untergang die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Senkrecht

1 Wurde nun zweimal von der Stadt Mainz an 1 waagrecht angebracht und zweimal zwecks Beendigung von Kriegsverherrlichung entfernt.

- 2 nicht oft
- 3 War 2003 Opfer eines illegalen Angriffskriegs der USA und ihrer Verbündeten.
- 4 Vor 80 Jahren begann dort (Kfz-Kennzeichen) ein Bürgerkrieg zwischen Faschisten, Monarchisten und Militär einerseits, demokratischen Republikanern, Anarchisten, Kommunisten andererseits.
- 5 siebter Buchstabe im lateinischen Alphabet
- 6 Bürgerkriegsland und Austragungsort von Stellvertreterkriegen
- 7 Filmklassiker von Fritz Lang (1931)
- 8 Indem seine Regierung Demokratiebestrebungen mit grausamer Gewalt bekämpfte, begann sie den Krieg in 6 senkrecht.
- 9 Augusta Vindelicum (Augsburg) fungierte als Hauptstadt dieser römischen Provinz.
- 10 Lateinisch: so
- 11 Macht dumm, aggressiv und gewalttätig.
- 12 Als griechische Nationalisten dies bezüglich Zyperns 1974 gewaltsam durchsetzen wollten, provozierten sie die bis heute andauernde Besetzung Nord-Zyperns durch die Türkei.
- 17 Lenin lästerte übers Revolutionstalent der Deutschen: Wenn sie einen Bahnhof stürmen wollten, würden sie zuvor *dafür* eine Karte kaufen.
- 18 alttestamentarischer Prophet, ließ Priester des konkurrierenden Baal-Kults ermorden.
- 22 wie 63 waagrecht
- 25 Gauck, von der Leyen und andere Angehörige dieser Partei treiben die Bundeswehr in immer mehr Kriege hinein.
- 30 Umlautumschreibung
- 31 Polynesisches Königreich, entsandte zum Erstaunen des Kreuzworträtselautors Soldaten in den Irak und nach Afghanistan.
- 34 US-Bundesstaat (Abk.), benannt nach britischem König, begann mit seiner Sezession den Bürgerkrieg. Trump gewann dort bei der republikanischen Primärry.
- 36 Er wollte mehr Aufklärung über den Terrorismus des NSU als der deutsche Staat, doch er war angreifbar.
- 37 Weit verbreitete Schlafstörung. Als Konstantin musikalisch für den Frieden.
- 40 bringen Tod und Zerstörung
- 42 Abkürzung für Firma
- 43 Die Stadt beherbergt den Dagger Complex, Spionagezentrum der NSA (Kfz-Kennzeichen).
- 44 fließt heute donauwärts durchs ehemalige 9 senkrecht
- 45 wie 5 senkrecht
- 46 oberpfälzische Stadt (Kfz-Kennz.) am nördlichsten Punkt der Donau
- 47 Bedeutendster pazifistischer Karikaturist Frankreichs. Beim Anschlag auf Charlie Hebdo 2015 ermordet.
- 54 Französisch-Westafrika (frz. Abkürzung)
- 55 in Kreuzworträtseln beliebter australischer Laufvogel
- 57 Trennte sich 1993 friedlich ab, heute flüchtlingsaufnahme-feindlich, im 2. Weltkrieg ein klerikalfaschistischer Satellitenstaat Nazi-Deutschlands (Kfz.-Kennz.).
- 58 Das __ Café The Clearing Barrel in Kaiserslautern bietet Beratung für Menschen, die das US-Militär verlassen wollen, und ist ein wichtiges politisches und kulturelles Zentrum.
- 61 Anfang des Alphabets
- 62 Dort (Kfz.-Kennzeichen) gab es in den 1990ern Tausende von *insumis*, Totalen Kriegsdienstverweigerern, die letztendlich die Abschaffung des Kriegsdienstzwangs durchsetzen konnten.

gl

Weißbuch zur Bundeswehr - Kriegspropaganda Ein Kommentar

Das neue Weißbuch der Bundeswehr soll dieses Jahr veröffentlicht werden. Es ist eine Veröffentlichung des Verteidigungsministeriums, welche für die kommenden Jahre die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland und der Verbündeten schildern soll. Ziel ist, daraus Schlussfolgerungen für die Aufgaben der Bundeswehr und deren Personalstärke, Ausrüstung und Ausbildung zu ziehen. Es wird nach Erarbeitung im Ministerium vom Kabinett verabschiedet.

Was ist davon zu erwarten? Kein Schritt zu weniger militärischen Konflikten, geschweige denn Pazifismus. Nicht zuletzt nach Äußerungen Gaucks auf der Münchner Sicherheitskonferenz letztes Jahr, „wir“ seien auf dem Weg zu einer Form der Verantwortung, die wir noch nicht eingeübt hätten, wird wohl niemand einen pazifistischen Gedanken an dieses Buch verschwenden. Eine dieser bundespräsidial angeregten Einübungen dürfte der Einsatz von Kampfflugzeugen im völkerrechtswidrigen Syrienkrieg sein. Die Bundeswehr schafft sich nicht selbst ab. Und wir können sie nicht ad hoc abschaffen. Aber Krieg darf kein Mittel von Politik sein. Krieg tötet, verstümmelt, zerstört Infrastrukturen für Arbeit, zum Wohnen, Krankenhäuser und verursacht Flucht. Mit der Vision einer Politik ohne militärische Mittel gilt es jegliche Kriegspolitik zu hinterfragen, zu kritisieren, zu skandalisieren, „Zersetzungsarbeit“ leisten.

Die Informationsstelle für Militarisierung (IMI) veröffentlichte im April 2015 eine kurze Abhandlung über das angekündigte Weißbuch 2016. Darin wird im Hinblick auf das neue Buch aus dem aktuellen Weißbuch 2006 folgender Kernsatz zitiert: „Die Bundeswehr ist durch den größten Wandel ihrer Geschichte gegangen. Sie ist immer mehr zu einer Armee im Einsatz geworden.“ Und meint zu 2006, dass es „vorrangig die Aufgabe [war], Ross und Reiter beim Namen zu nennen“. Während es Anfang der 00-er Jahre noch um „Enttabuisierung des Militärischen“ (Gerhard Schröder) ging, diene die für 2016 geplante Neuauflage demselben Zweck. Unter Hinweis auf Einlassungen von Gauck und anderen, wie „Verantwortung“ übernehmen und künftig „seinem wirtschaftlichen und politischen Gewicht entsprechend“ zu handeln, geht die IMI davon aus, dass es in der 2016er Version primär darum gehe, die „Enttabuisierung militärischer Großmachtspolitik“ aktiv zu propagieren.

Allerdings wolle ein Großteil der Bevölkerung von einer militarisierten Verantwortungspolitik Gauckscher Prägung absolut nichts wissen. Nur 37 Prozent der Menschen in der Republik seien für ein größeres deutsches Engagement, zitiert die Süddeutsche Zeitung die IMI, die sich auf eine repräsentative Umfrage vom April und Mai 2014 beruft. Dazu ist Wolfgang Ischinger, der Leiter der

jährlich stattfindenden Sicherheitskonferenz, mit den Worten zu lesen: „Das Weißbuch [...] soll auch das Verständnis in der Bevölkerung dafür wecken, dass wir Sicherheitspolitik brauchen, warum wir sie brauchen, wofür die Mittel, die dafür ausgegeben werden, notwendig sind. Ich denke dieser [...] Bereich ist gerade in unserer Zeit besonders wichtig.“

Danach stünde uns eine weitere Steigerung des Militärischen, sowohl der Außen- als auch der Innenpolitik bevor. Ischinger fordert nichts anderes als eine Militarisierung unseres Denkens. Das gilt es zu erkennen, um es als menschenentwürdigende Unverschämtheit zurückzuweisen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr häufen sich. Auf der Homepage der Bundesregierung für das Weißbuch schreibt das Verteidigungsministerium einleitend über Zweck und Relevanz: „Das Weißbuch stellt die Grundzüge, Ziele, und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik, die Lage der Bundeswehr und die Zukunft der Streitkräfte dar. Das Weißbuch steht in der Hierarchie sicherheitspolitischer Grundlagendokumente an oberster Stelle, gefolgt von den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR).“ Die erwähnten VPR sind ein weiterer Schritt zur Militarisierung deutscher Politik. Sie werden im Ministerium verfasst und sind quasi Ausführungsbestimmungen. Verfasst von Generälen. Auch auf sie hat das Parlament kei-

nen Einfluss, anders als das Weißbuch werden sie nicht mal vom Kabinett verabschiedet. Auf die Richtlinien werde ich weiter unten noch eingehen.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat bei der Auftaktveranstaltung zum neuen Weißbuch angekündigt, dass sie bei dessen Erstellung „von Anfang an Expertise [gemeint sind offensichtlich Beiträge von Experten] breit einstellen“ wolle. Darüber gibt es eine Rubrik „Perspektiven“ auf der Homepage des Ministeriums. Darin werden Informationen veröffentlicht, die in Workshops erarbeitet wurden. An den Workshops sind nicht nur Parlamentarier, sondern auch Menschen aus der Wirtschaft beteiligt. Auf einige Perspektiven will ich eingehen.

Zunächst „Wirtschaft und Sicherheit“: Die Spitzen von Bundeswehrführung und deutscher Wirtschaft kamen am 5. Oktober im „Haus der Deutschen Wirtschaft“ in Berlin zusammen und es ging um noch viel mehr als „nur“ um ein sicheres Handelsumfeld. Dort ging es um störungsfreie Handelsrouten und die Rüstungsindustrie solle als „eine ganz normale Branche“ betrachtet werden.

Auch aus diesem Grunde fordert die deutsche Wirtschaft ein verstärktes ressortübergreifendes Engagement der sicherheitspolitischen Akteure. Sowohl die Budgets des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie des Verteidigungsministeriums müssten steigen, wie es Patrick Keller von der Konrad-Adenauer-Stiftung in einer Diskussion zusammenfasste. Das wurde von Staatssekretärin Suder dankbar aufgenommen. Auch sie setzte sich für den Abbau von „Ressortegoismen“ ein.“ – Wirtschaftliche Interessen und Entwicklungshilfe werden zusammengefasst, um sie letztendlich mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Ich denke Entwicklungshilfe kann nur im Sinne einer Hilfe der Menschen im jeweiligen Land erfolgen. Oder soll da noch ein „Afghanistan“ oder „Syrien“ geschaffen werden?

Weiter zur Rubrik „Bundeswehr in der Gesellschaft“ – Dazu einige Zeilen auf der Homepage über „Legitimation militärischer Gewalt“: „Diskutiert wurde über die verschiedenen Aspekte ... des Einsatzes von Streitkräften.“ Interessant ein Beitrag von Professor Dr. Wilfried von Bredow. Er verweist auf die Tatsache, dass die verschiedenen Aspekte der „Sicherheit“ allgemein der Politik beantwortet würden. Teilweise jedoch und relativ schlaglichtartig entstünden Anti-Kampagnen, wie zum Beispiel in Teilen der Bevölkerung im Bereich Migration, bei internationalen Handelsabkommen wie TTIP und eben auch bei internationaler militärischer Zusammenarbeit. Es gäbe eine „verfestigte Militärdistanz“. Mein Kommentar: Die Aspekte von Sicherheit gehören in die Verantwortung von

Politikern. Dass das nicht so sein soll ist undemokratisch. Wäre die Frage der Abschaffung der Todesstrafe Henkern überlassen worden, wir hätten sie heute noch. Beide, Todesstrafe und Henker.



Das waren nur zwei Aspekte, wie die Bundeswehr die Veröffentlichung des Weißbuchs 2016 vorbereitet. Ich habe wenig Hoffnung, dass meine Befürchtungen nicht noch übertroffen werden.

Noch ein paar Worte zu den VPR, die 2011 veröffentlicht wurden. Laut Ministerium beschreiben sie den strategischen Rahmen für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Unter "Werte, Ziele, Interessen" ist zu lesen, „Eine umfassende nationale Sicherheitsvorsorge kann nur gewährleistet werden, wenn alle verantwortlichen staatlichen Institutionen und Kräfte Deutschlands unter Beachtung ihrer verfassungsrechtlich vorgegebenen Zuständigkeiten und Kompetenzen vorausschauend und ressortgemeinsam handeln. Dazu ist das zielgerichtete Zusammenwirken des Auswärtigen Dienstes, der Entwicklungszusammenarbeit, der Polizei, der Streitkräfte, des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Nachrichtendienste auf allen Ebenen zu verstärken.“ Ich sehe darin eine Tendenz zum Polizeistaat. Den brauchen wir nun wirklich nicht.

Unter „Deutschlands Verantwortung in Europa und der Welt“ steht die nukleare Teilhabe. „Die Nordatlantische Allianz bleibt gemäß ihres neuen strategischen Konzepts ein nukleares Bündnis. Die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung besteht fort, solange

nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können.“

Dahinter steckt meiner Meinung nach eine teuflische Logik. Denn eine „Notwendigkeit atomarer Abschreckung“ birgt auch den Gedanken, atomare Mittel einzusetzen, sonst würde Abschreckung ins Leere laufen. Dazu kommt die immer wieder verkündete atomare Erstschlagsoption der Nato. Wenn es nicht schon überhaupt erforderlich wäre, aus der Nato auszutreten, die „nukleare Teilhabe“ wäre ein einzelner, wichtiger Grund dazu.

Unter „Material“ steht, dass auch künftig die deutsche militärtechnische Industrie einen wesentlichen Beitrag zur Bereitstellung moderner und leistungsfähiger Ausrüstung und zu technisch-logistischer Betreuung in der Nutzung leisten werde. Es werde beschafft, was erforderlich und finanzierbar ist, und nicht, was man gerne hätte oder was angeboten wird... Ebenso wie die Bundeswehr müsse die wehrtechnische Industrie künftig flexibel auf sich verändernde Zielvorgaben [die machen Generäle, denkt der Autor] reagieren. Nur so könne sie [die deutsche wehrtechnische Industrie] einen Beitrag zur langfristigen nationalen Sicherheitsvorsorge leisten. Sie hat gegenüber der Bundeswehr eine dienende Funktion. – Da wird es: saugefährlich! Deswegen fordere ich eine Konversion der Rüstungsindustrie.

So weit einige deutlich gemachte Kritikpunkte an der beabsichtigten Kriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die im Weißbuch 2016 niedergelegt werden sollen. Die erwähnten VPR, die fünf Jahre nach dem noch aktuellen Weißbuch von 2006 geschrieben wurden, gehen in eindeutigen kriegerischen Äußerungen bereits über dieses hinaus. Sie werden vermutlich in das neue Weißbuch eingearbeitet.

Aus meiner pazifistischen Sicht wollte ich den Absichten der deutschen Bundesregierung mehr oder weniger polemisch bis sarkastisch begegnen. Beabsichtigte Kriegspolitik beabsichtigt meiner Meinung nach auch die Folge von Krieg. Kriegselend.

Zu guter Letzt gibt es in den VPR noch ein „Selbstverständnis der Bundeswehr“: „Die Soldaten der Bundeswehr werden ihr berufliches Selbstverständnis im Einsatz für unsere Sicherheit und den Schutz unserer Bürger umso besser annehmen und erfüllen, je aufgeschlossener und verständnisvoller die deutsche Gesellschaft die Besonderheiten des soldatischen Dienens und den Beitrag der Streitkräfte insgesamt für Deutschland anerkennt und würdigt.“ – Ich hoffe mit diesem Beitrag konnte ich auf verschiedene Weise dem Anliegen der Bundeswehr, ein Verständnis der Gesellschaft für den Soldatenberuf zu erreichen, entgegenzutreten. Ich schließe mit dem Tucholsky-Zitat: „Soldaten sind Mörder.“

Freiheit für Ruslan Kotsaba!

Ukrainischem Journalisten und Kriegsdienstverweigerer drohen 15 Jahre Gefängnis

Ruslan Kotsaba wurde im Februar 2015 in seiner Heimatstadt Iwano-Frankiwsk im Westen der Ukraine verhaftet. Er hatte kurz zuvor in einer Videobotschaft an Präsident Petro Poroschenko erklärt, er werde sich der Einberufung verweigern und würde eher fünf Jahre Gefängnis auf sich nehmen als auf seine „im Osten lebenden Mitbürger“ zu schießen. Er rief seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern.

Kotsaba hatte 2014 aktiv die Majdan-Bewegung unterstützt und bei den Präsidentschaftswahlen für Präsident Poroschenko gestimmt. Mehrfach hatte er aus den von den Aufständischen kontrollierten Gebieten berichtet. Ruslan Kotsaba drohen 12 bis 15 Jahre Haft, da er nach Artikel 111 des ukrainischen Strafgesetzbuches wegen Staatsverrat angeklagt werden soll. Die Untersuchungshaft wurde immer wieder verlängert. Inzwischen haben mehrere Prozesstermine stattgefunden.

Beobachtungsdelegation beim Prozess

Bei mehreren Kundgebungen vor dem ukrainischen Generalkonsulat in Frankfurt und der ukrainischen Botschaft in Berlin hat die DFG-VK mit anderen für die Freilassung Ruslan Kotsabas demonstriert.

Die Verhandlung am 5. Februar 2016 wurde von einer fünfköpfigen Delegation der DFG-VK und der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) beobachtet. Cornelia Mannewitz, Bundessprecherin der DFG-VK und eine der vier BeobachterInnen der DFG-VK, berichtet: „Ruslan

Kotsaba beeindruckt durch seine Standfestigkeit. Mit seiner Verhaftung und Inhaftierung sehen wir das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verletzt. Sein Aufruf an ukrainische Männer, ihrer Einberufung nicht zu folgen, darf in einer demokratischen Gesellschaft keine Strafverfolgung nach sich ziehen.“

Ruslan Kotsaba bekräftigte seine ablehnende Haltung zum Krieg und seine Kriegsdienstverweigerung. Zudem setzte er sich intensiv mit der Anklageschrift auseinander und machte deutlich, dass er sich demokratischen Regeln journalistischer Arbeit verpflichtet fühlt und sich auch entsprechend verhalten habe. Ruslan Kotsaba: „Ich bedauere nicht, was ich getan habe.“ Er sagte „Ich bin an der Front zum Pazifisten geworden.“ Er bekräftigte, dass er sich nicht am „Brudermord“ beteiligen wird. Er plädiert strikt gegen militärische (Schein-)Lösungen und für Verhandlungen der Konfliktparteien. Außerdem prangerte er an, dass die versprochenen sozialen und politischen Reformen im Land ausgeblieben sind.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung massiv eingeschränkt

In der Ukraine war 2013 der Zwang zum Kriegsdienst ausgesetzt worden. Seit 2014 werden Männer wieder zwangsweise fürs Militär rekrutiert. Auch Frauen mit einer militärischen Ausbildung werden einberufen. Hunderttausende entziehen sich dem Zwang zum

Kriegsdienst, meist durch Flucht ins Ausland. Oft widersetzen sich ganze Dörfer. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der Ukraine noch eingeschränkter als in anderen Staaten: Verweigern dürfen nur Angehörige zehn kleiner religiöser Gruppen wie Adventisten und Zeugen Jehovas. Soldaten und Reservisten sind von der Antragstellung ausgeschlossen. Das Strafmaß für Verweigerung beträgt zwischen drei und fünf Jahren.

Kaum Aussicht auf Asyl

Allein in Deutschland bemühen sich 7000 Ukrainer, doch Kriegsdienstverweigerung allein gilt nicht als Asylgrund. Staaten beanspruchen das Recht, ihre jeweilige Bevölkerung zum Kriegsdienst zu zwingen und gestehen das auch anderen Staaten zu. Verweigerer müssen in der Ukraine nicht nur mit staatlicher Verfolgung rechnen, sondern auch mit Angriffen fanatischer Nationalisten und Frontheimkehrer.

Ruslan Kotsaba soll verurteilt werden, weil er sich gegen den Krieg und für Verhandlungen ausspricht und weil er als Journalist kriegs- und regierungskritisch berichtet hat – stellvertretend für hunderttausende Kriegsunwillige.

Die DFG-VK fordert

- Freiheit für Ruslan Kotsaba
- Anerkennung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine
- Beachtung der Rechte auf Meinungs- und Pressefreiheit in der Ukraine
- Asyl für Kriegsdienstverweigerer in Deutschland und anderswo

Weitere Informationen:

www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba
Dort auch Links zu weiteren Informationen in Deutsch, Russisch und Ukrainisch
Über eine Aktionsseite von Connection e.V. können Protestfaxe an die Ukrainische Botschaft und Solidaritätskarten an Ruslan Kotsaba verschickt werden:
www.connection-ev.org/ruslankotsaba-form
Solidarische Grüße können auch direkt ins Gefängnis geschickt werden:

Ruslan Kotsaba, Ivano-Frankivsk detention center, E. Konovalets 70, Ivano-Frankivsk 76018, Ukraine

Руслан Коцаба, Івано-Франківський слідчий ізолятор Державного, м. Івано-Франківськ, вулиця Є. Коновальця 70. Індекс 76018. Ukraine

(Informationsstand 10.3.2016 unter Berücksichtigung des Prozesstags am 9.3.2016)

Gernot Lennert

Ich kann wieder schlafen

Irakbilder wie aus einem Videospiel.

Ich verschenke meinen Fernseher und kann doch nicht schlafen.

Kosovo - Ich bekomme nichts mit. Kind, Studium, Job, Landwirtschaft

Nachts bekomme ich keine Ruhe, weil ich ständig, auch im Schlaf, organisieren muss.

Ich kaufe mir wieder einen Fernseher.

- Kongo
- Somalia
- Irak
- Iran
- Syrien
- Türkei
- Griechenland
- Flüchtlinge
- Libyen

...

...

...

Ich schalte um, schaue Tatort.

Mord und Totschlag.

Ich kann wieder schlafen.

TG

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de

DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de

DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de

DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de

War Resisters' International: www.wri-irg.org

Military Counseling Network:

(Located in Germany)

phone: 0631-624 873 93

email: mcn@dmfk.de

GI Café:

The Clearing Barrel

Richard-Wagner-Str. 48, Kaiserslautern

Öffnungszeiten:

Mi. bis Fr. ab 15 Uhr (Open End)

Sa. ab 12 Uhr (Open End)

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),

Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach

Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,

office@Connection-eV.de

www.Connection-eV.de

Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz und Wiesbaden läuft an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl60

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,

www.dfg-vk-hessen.de, dfgkvhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat

Huste), Telegrafstraße 16,

53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41/8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.+Fax 0 60 21/58 17 34, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de, Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,

Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com,

www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,

dfgkvhessen@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags

19 Uhr. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach

Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,

61169 Friedberg. dfgkvhessen@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578

Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62, mo-wz@gaaa.org

Mainz: c/o Bürogemeinschaft,

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat, 19.30 h,

dfgkvmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im

Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgkvhessen@lahn.net,

Kontakt zur Gruppe/Gruppentreffen: jeden 1. und

3. Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, bei Radio

Unerhört Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b,

35039 Marburg.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin

für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung

in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei

Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075

Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,

office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr. 1,

54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Aarstr. 29

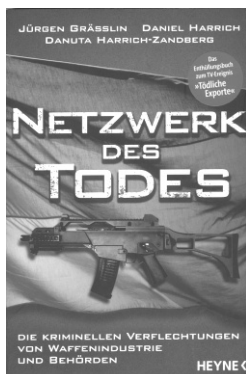
65195 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66

peter.silbereisen@web.de

Netzwerk des Todes - Lesung mit Jürgen Grässlin

Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK und Buchautor u.a. der Bücher "Versteck dich, wenn sie schießen" und "Schwarzbuch Waffenhandel" liest aus dem Buch:

Netzwerk des Todes - Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden



Die wahre Macht der deutschen Waffenindustrie:

Die Skandale zum deutschen Handel mit der tödlichsten Waffengattung unserer Zeit, den Kleinwaffen, finden kein Ende. Wie kommen deutsche Waffen in so großem Umfang immer wieder in die Hände verbrecherischer Regime, brutaler Paramilitärs und rivalisierender Bürgerkriegsparteien? Auf der Spur dunkler Geschäfte folgen Daniel Harrich, Jürgen Grässlin und die Journalistin Danuta Harrich-Zandberg dem Weg der Waffen in die Krisenregionen dieser Welt. Anhand umfassender Recherchen

belegen sie, wie diese fragwürdigen Waffenlieferungen zustande kommen, und entlarven die Hintermänner.

Ein Politthriller, wie ihn nur die Wirklichkeit hervorbringt. Die Hintergründe des schmutzigen Geschäfts mit deutschen Waffen – mit sensationellen neuen Erkenntnissen und bisher unveröffentlichten Beweisen.

Mittwoch, 7. September 2016 - 18:30 Uhr
Landeszentrale für politische Bildung RLP
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr

Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgkvmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de



Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - März 2016